

# Gärtner-Zeitung

Organ des Verbandes der Gärtner und Gärtnerelaborator, Sitz Berlin  
Veröffentlichungsblatt der Gärtner-Krankenkasse (Ersatzkasse) Sitz Hamburg

Bezugspreis reiblichend, nach den Bedingungen  
des Börsen-Vereins der Buchhändler

Schriftleitung: Berlin S42, Luisenufer 1. Tel. Mpl. 3725  
Postscheckkonto: Berlin 10301, Albert Lehmann

Erscheint z. Zt. unregelmäßig

## Bekanntmachungen

Ab 1. Januar werden für den Gesamtbereich des Verbandes neue Beitragsmarken in Pfennig-Werten herausgegeben. Sie sind zunächst gestaffelt von 15 Pf. mit je 5 Pf. bis 80 Pf. Wegen der evtl. Herausgabe von Zwischenwerten ist die Zustimmung der Hauptverwaltung einzuholen.

Die Höhe des Beitrags richtet sich, unserem alten Grundsatz entsprechend, nach dem Stundenlohn. Die Zahlung hat grundsätzlich in wertbeständigem Geld zu erfolgen, Papiermark ist in Goldwert umzurechnen.

Ein Abzug von 10 Proz. bei Zahlung in wertbeständigen Zahlungsmitteln wird ab 22. Dezember nicht mehr gewährt, da die Umstellung jetzt allgemein erfolgt ist. Auch im besetzten Gebiet dürften wertbeständige Zahlungsmittel in Kürze eingeführt sein.

Die alten Marken sind ab 1. Januar 1924 nicht mehr zu verwenden. Sie sind mit der Abrechnung des 4. Vierteljahres abzurechnen und sämtlich an die Hauptverwaltung zurückzugeben.

Die Lieferung der neuen Marken erfolgt wie bisher durch die Gauleitungen, und zwar beim Versand der Abrechnungsmulare in der letzten Dezemberwoche.

Der Postscheckverkehr ist nunmehr auf Rentenmark umgestellt. Einzahlungen werden nach den bisherigen Bestimmungen nur in Rentenmark und Dollar-Zwischenscheinen angenommen. Es ist also hier noch mit Schwierigkeiten zu rechnen. Wo Rentenmark nicht zu beschaffen sein sollten, ersuchen wir, solange andere Zahlungsmittel nicht zugelassen sind, die Beträge in anderen reichsdeutschen Geldscheinen durch Einschreibbrief zu senden. Städtisches oder sonstiges Notgeld, sowie Gutscheine der Eisenbahn sind jedoch nicht zu verwenden.

Das regelmäßige Erscheinen unserer Zeitung wird durch eine freiwillige Zeitungsspende möglichst vieler Kollegen gewährleistet. Sie ist die beste Weihnachtsgabe für den Verband! Hauptverwaltung.

## Steuerdrückebergerel des Gartenbaues.

Am 4. Dezember erklärte der gegenwärtige Reichskanzler Marx in seiner Programmrede vor dem Reichstage, daß sich die Reichsregierung hinsichtlich der Finanzlage vor eine Aufgabe gestellt sähe, deren Schwierigkeiten in der Weltgeschichte noch nie dagewesen wären. Eine sehr wesentliche Erhöhung der Einnahmen müßte neben einschneidenden Sparmaßnahmen sofort in die Tat umgesetzt werden. Demgegenüber sei es außerordentlich beklagenswert, daß es trotz ununterbrochener Hinweise der Regierung auf den Ernst der Finanzlage noch immer Bevölkerungskreise gäbe, die gegen neue Steuern Einwände erhoben, die aus dem Arsenal eines einigermaßen normalen Staatslebens entnommen wären.

Dieser Vorwurf richtet sich natürlich gegen alle Besitzenden, denn die Arbeiter, Angestellten und Beamten haben durch die Lohnsteuer bis zu 92 Prozent der Steuereinnahmen aufgebracht, trotzdem ihre Einkünfte angesichts der wahnsinnigen Teuerung geradezu kläglich waren, während es Handel, Industrie und Landwirtschaft durch ihren Mangel an Opfermut erst dahin gebracht haben, daß wir heute nicht nur vor dem Staatsbankrott stehen, sondern noch dazu im Ausland in den Ruf geraten sind, wenig oder nichts dagegen getan zu haben. Dieses Rezept der Steueraushöhung und -drückebergerel stammt noch aus der Kriegszeit, wo man glaubte, den Feinden das Bleigewicht der Kriegskosten anhängen zu können. Heute schleppen wir es mit uns herum und haben den Gerichtsvollzieher im eigenen Lande, der mit den brutalen Machtmitteln des Militarismus die Schlagader des deutschen Wirtschaftslebens umklammert hält.

Wer nun glaubt, daß das die Steuerscheuen aufgerüttelt hätte, hat weit gefehlt. Man hat wohl im ersten Schreck der Regierung ein ganz annehmbares Steuerbuket bewilligt, aber gleich hinterher kam die Reue, und nun schallt es aus allen Gauen: Diese Lasten sind für uns untragbar, laßt lieber die Arbeiter länger schaffen, dann kommt auch die Wirtschaft wieder in Gang, und wir können unsere Substanz schonen.

Diesem Chor haben sich selbstverständlich auch unsere Gartenbauern angeschlossen, denn sie dürfen doch nicht fehlen, wenn es zu zeigen gilt, was man von den großen Bauern gelernt hat.

Unter der Überschrift: „Der 30 jährige Krieg gewonnen“, berichten sie jubelnd, daß laut Verordnung über die vorläufige Neuregelung der Gewerbesteuer vom 23. Nov. 1923 der gesamte erzeugende Gartenbau ab 1. Januar 1924 gewerbesteuerfrei sei.

Allein schon die Tatsache der Veröffentlichung dieses „Sieges“ läßt erkennen, wie verantwortungslos jene Kreise gegenüber der Volksgesamtheit denken! Statt sich zu schämen, daß sie überhaupt nur daran gedacht haben, sich ihren staatsbürgerlichen Pflichten zu entziehen, prahlen sie noch damit und verhöhnen diejenigen, welche so blöde sind, dieser „Judenrepublik“ noch ihr Scherflein zu geben. Über 1000 Rechtsmittelverfahren seien zum größten Teil mit restlosem Erfolge durchgeführt, d. h. mit anderen Worten, es ist gelungen, die Steuerbehörden nicht nur über den gewerblichen Charakter der Gärtnerei, sondern auch über die wirkliche Lage der maßgebenden Betriebe zu täuschen, und nun hat man außerdem noch die Gemütung, dieses löbliche Tun auch noch durch den Gesetzgeber sanktioniert zu sehen.

Wer mag wohl jener hochweise und wohlwollende Herr im preußischen Finanzministerium gewesen sein, der sich trotz der Not des Staates, die über dem Wohl des Einzelnen steht, von dem Stöhnen und den Krokodilstränen der „Kunst- und Handelsgärtner“ hat erweichen lassen? Bei ihm können sich alle jene Beamten bedanken, die nach dem neuesten Ukas der Regierung als Weihnachtsgeschenk nur einen Bruchteil des Gehaltes und nach dem Fest vielleicht den Abbaubescheid bekommen. Er ist mindestens mit verantwortlich an dem Selbstmord des Staates, der auch sein eigener ist.

Daran ändert auch die Begründung zu § 3 der neuen Verordnung nichts, wenn sie sagt, die Befreiung der „Kunst- und Handelsgärtnerei“ rechtfertige sich aus den gleichen Erwägungen, die für die Freilassung der Landwirtschaft maßgebend sind. Aus diesem Satz spricht der Einfluß unserer Unternehmer, ihre gekünstelte Theorie über den landwirtschaftlichen Charakter der gesamten Gärtnerei so klar, daß jedes weitere Wort hierüber nur Platzverschwendung wäre.

Wir fragen deshalb nur: Wie kann ein verarmter Staat sich den Luxus erlauben, einen ganzen Berufsstand, der 30 Jahre lang Gewerbesteuer bezahlen mußte, obgleich damals der Staat leichter hätte darauf verzichten können, heute von dieser Steuer befreien?

Hat sich denn der Charakter der Gärtnerei so geändert, daß alle Verordnungen des preußischen Finanzministers und alle Entscheidungen des preußischen Oberverwaltungsgerichts aus früheren Jahren hinfällig geworden wären?

Im Gegenteil! Wir haben schon oft in Artikeln und unseren Broschüren über die Rechtslage der Gärtnerei darauf hingewiesen, daß heute in der Gärtnerei mehr denn je mit zugekauften Erzeugnissen gehandelt wird, weil es an gelehrten Leuten, an Heizmaterial u. dgl. fehlt — und weil es bequemer und einträglicher ist, einfach 33 und mehr Prozent Gewinn auf die Rechnungspreise gekaufter Waren aufzuschlagen, als selbst zu kultivieren. Ein einziger Blick in die deutsche Ausführungsstatistik gärtnerischer Erzeugnisse sagt alles — auch daß die noch vorhandenen Betriebe die Steuer wohl vertragen können.

Unsere Auffassung vom wirklichen Wesen der Gärtnerei haben natürlich die Führer der Gartenbauern auch, wenn sie unter

sich sind. Das erkennt man leicht an der robusten Aufforderung der Hauptgeschäftsstelle des Reichsverbandes Deutscher Gartenbaubetriebe an ihre Mitglieder, alle Versuche der Gemeinden mit größter Entschiedenheit zurückzuweisen, die dahin gehen, solche „Gartenbaubetriebe“ zur Steuer heranzuziehen, die „Rohware“, wie Stecklinge, Jungpflanzen usw. und „halbfertige“ Ware, wie Azaleen und Kamelien mit Knospensatz aus anderen Betrieben erwerben. Es fehlt nur noch, daß man den Dresdner Azaleenfabriken, den Hamburger, Lübecker und Dortmunder Im- und Exporteuren aufgibt, zu beantragen, daß ihre Einführung von belgischen Azaleen, französischen Palmen, von Lorbeeren u. dgl. auch als landwirtschaftliche Betätigung angesehen werde.

Vor einiger Zeit passierte es doch Schreiber dieses, daß zwei ehrsame Gartenbauern in Brandenburg a. H. dem Schlichtungsausschuß erklärten, sie könnten nicht mehr länger auf die Verhandlung warten, denn auf dem Bahnhof stände ein Waggon Eriken, der unbedingt ausgeladen werden müßte. So könnte man die Beispiele der „Rohware“ usw. noch ins Unendliche vermehren, doch genügt es schließlich, noch auf die erneute Aufforderung im „Erwerbsgartenbau“ Nr. 50 hinzuweisen, ja alle Firmenschilder mit „Kunst- und Handelsgärtnerei“ zu entfernen, damit nicht etwa so ein verdammter Steuerbürokrat auf die dünne Auffassung kommen könne, hinter diesem Schild würde vielleicht gar mit fremden Erzeugnissen gehandelt. Das ist das böse Gewissen! Im übrigen bemüht sich der Verfasser jenes Artikels krampfhaft, alle Branchen der Gärtnerei bis zum Gartenkünstler, sogar die Binderei (!), als steuerfrei hinzustellen. Wenn er das auch bei sich mit der gleichen Virtuosität tut, dann ade Vater Staat!

Berücksichtigt man weiter, daß es der Reichsverband Deutscher Gartenbaubetriebe schon früher fertig gebracht hat, bei der Landabgabe ganz auffällige Erleichterungen zu erwirken, die sich dann auch auf die Grundbelastung anlässlich des Währungsbankgesetzes ausdehnten, und auch bei der Grundvermögenssteuer wieder erkämpft werden sollen, so kann man mit Leichtigkeit ermesen, wie es um die Kassen des Reiches bestellt ist, und warum die Regierung erst kürzlich einen Notschrei ausgestoßen hat, der in neuen Steuern gipfelt. Wird dabei der Besitz wiederum so geschont, wie bisher, dann ist die Auflösung unseres Staatswesens und eine neue Erschütterung der Wirtschaft so sicher, wie das Amen in der Kirche der Wohlhabenden. Und wiederum werden die Arbeiter die Leidtragenden sein, darum zieht eure Lehren aus diesen Zeilen!

## Die Unternehmer des Erwerbsgartenbaues stärken ihre Organisation.

Die Unternehmerverbände unseres Berufes haben unter der Ungunst der Verhältnisse ähnlich zu leiden wie unsere Organisation. Das ersieht man sehr deutlich an den Einschränkungen ihrer Zeitungen. Schon seit sehr langer Zeit haben die süddeutschen und sächsischen Verbände das Erscheinen ihrer Zeitungen einstellen müssen, und „Der Deutsche Erwerbsgartenbau“ ist das gemeinsame Verbandsorgan geworden. Auch dieses erschien in sehr beschränktem Umfange, trotzdem es bedeutende Einnahmen aus dem Inseratenteil hat. Mehrere Male mußten die kapitalkräftigsten Unternehmer mit größeren Geldmitteln einspringen, um die Organisation aufrecht zu erhalten. Im November erfolgte dann ein Aufruf an die Mitglieder zwecks Zeichnung einer wertbeständigen Verbandsanleihe, um die Organisation so über die neuen finanziellen Schwierigkeiten hinwegzubringen. Die laufenden Beiträge reichten also nicht entfernt aus, um die Ausgaben zu decken.

Das alles hält aber unsere Arbeitgeber nicht ab, mit großer Energie und sichtbarem Erfolg für die Stärkung und den weiteren Ausbau ihres Verbandes zu sorgen. Dieser Wille kam schon auf dem Unternehmertag im August in Erfurt deutlich zum Ausdruck, über dessen Verlauf wir leider wegen Mangel an Platz nicht berichten konnten. Dort wurde hervorgehoben, daß man vor allen Dingen der eigenen Kraft durch Selbsthilfe vertrauen müsse, weil es müßig sei, auf fremde Hilfe zu warten. Es müsse alles getan werden, die Außenseiter, die nicht organisierten Unternehmer, zu gewinnen, andernfalls müsse rücksichtslos gegen sie vorgegangen werden! Anzustreben sei auch der Ausbau der genossenschaftlichen Organisation zwecks günstigen Einkaufs und Absatzes. Es wurde gesagt, daß man der Not der Zeit dankbar sein könne, weil sie endlich den Weg der zweckmäßigen Organisation gezeigt habe.

Auf diesem Weg ist man in den letzten Monaten konsequent und erfolgreich weitergeschritten. Die schlesische, süddeutsche und sächsisch-thüringische Gärtnereizentrale hat man — z. T. als Aktiengesellschaften, z. T. als Gesellschaften m. b. H. — ausgebaut, eine Gartenbau-Zentrale A.-G., Berlin, neu gegründet. Die verschiedenen selbständigen Landesverbände wurden zum „Reichsverband deutscher Gartenbaubetriebe“ zusammengefaßt, und nun ist Ende November eine Deutsche Gartenbau- und Handelsbank

in Nürnberg gegründet worden. Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Förderung des Gartenbaues. Das Ziel soll erreicht werden durch zentrale Regelung der Warenvermittlung, Regelung der Produktion, Absatz der Erzeugnisse, Beschaffung der Rohstoffe und Düngemittel, sowie Erwerb und Einrichtung eigener Fabriken zwecks Verarbeitung von Erzeugnissen des Gartenbaues.

Leider können wir diese im Entstehen begriffenen Unternehmerinstitutionen nur ganz kurz skizzieren. Wir sehen aber, daß man dort trotz aller Schwierigkeiten an die Arbeit geht, auch im Baumschulfach bereiten sich größere Konzentrationen vor.

Das soll uns als Mahnung und Beispiel dienen. Wie schon so oft, rufen wir unseren Mitgliedern zu: Lernet von Euren Arbeitgebern! Auch wir haben keine Ursache zum Verzweifeln, sondern sollen trotz aller Hindernisse und Schwierigkeiten mit Zuversicht und Vertrauen auf die eigene Kraft in die Zukunft schauen. Schwierigkeiten sind dazu da, um überwunden zu werden. Zwietracht, Mutlosigkeit und verzweifeln am eigenen Können waren stets Hindernisse des erfolgreichen Kampfes.

## Internationale Solidarität.

Schon seit Jahrzehnten ist es selbstverständliche Pflicht der organisierten Arbeiterschaft, ihren Arbeitskollegen im Ausland beizustehen, wenn sie sich in schwieriger Lage befinden. Die deutsche Arbeiterschaft hat diese Pflicht oft erfüllt und ebenso oft hielt es das Unternehmertum für angebracht, uns deshalb zu verhöhnen und zu verdächtigen. Verhöhnern, indem man behauptete, daß nur die Deutschen so dumm wären, ihre internationale Pflicht zu erfüllen, ohne auf Gegenseitigkeit rechnen zu können. Verdächtigen, indem man behauptete, wir wären international und hätten für das Ausland mehr Sympathie als für das eigene Vaterland. Als wenn wir in unserem Unternehmertum nicht das glänzendste Vorbild der internationalen Verbindung und Versippung hätten. Wir und die übrige internationale Arbeiterschaft haben uns durch solche Anwürfe aber nicht beirren lassen.

Heute befindet sich die deutsche Arbeiterschaft in großer Not. Das Währungselend hat ihre gefestigten, musterhaften Organisationen erschüttert. Jetzt ruft der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu Amsterdam auf, uns zu helfen. Bis zum 8. Dezember waren bereits 77 058 Dollar eingegangen, trotzdem sich diese Sammlung erst in ihren Anfängen befindet. Die internationale Solidarität ist also kein leerer Wahn!

Auch unsere ausländischen Berufskollegen stehen nicht abseits, obwohl ihre Organisationen nur klein sind und selbst mit mancherlei Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Der Gärtnerverband der Tschechoslowakei stellte uns 500 Kronen, der Dänische Gärtnerverband 300 Kronen zur Verfügung. In der letzten Nummer der dänischen Zeitung ist ein Aufruf für eine Sammlung zum Besten der deutschen Kollegenschaft veröffentlicht. Von der Schweizer Organisation der Lebensmittel- und Transportarbeiter wurden uns 100 Franken überwiesen. In Anbetracht der kleinen Anzahl der dort organisierten Berufskollegen eine erfreuliche Hilfe. Auch die österreichischen Kollegen haben uns Mittel zur Verfügung gestellt, trotzdem sie selbst nicht auf Rosen gebettet sind.

Wir danken unsern ausländischen Brüdern an dieser Stelle herzlichst für ihre Hilfe in der festen Zuversicht, daß unsere Organisation bald wieder ihre alte Widerstandskraft erlangt haben wird. Wir werden dann — wenn an uns der Ruf ergeht — Gleiches mit Gleichem vergelten.

Für unsere Mitglieder soll diese internationale Hilfe aber ein Ansporn sein, selbst das Möglichste für die eigene Organisation zu leisten.

## Rundschau

### Fahrpreismäßigung für Schülerfahrkarten.

Vom 12. November d. J. ab werden als Schülerrückfahrkarten Fahrkarten zum halben einfachen Fahrpreis ausgegeben, sodaß Schüler nur den 4. Teil des vollen Preises zu zahlen brauchen. Das gilt natürlich auch für Gärtnerlehrlinge.

### Arbeitslosenversicherung.

Ab 1. November ist die Erwerbslosenfürsorge in eine Erwerbslosenversicherung umgewandelt, da das Reich keine Mittel mehr hatte und die Notenpressen anhalten wollte. Die nötigen Summen werden durch Beiträge aufgebracht, die 20 Prozent der Krankenkassenbeiträge betragen und je zur Hälfte von Arbeitgebern und -nehmern zu tragen sind.

Die Kurzarbeiterunterstützung beträgt 40 % der Summe, die sich ergibt, wenn man den wirklich verdienten Lohn von zwei Drittel des vollen Lohnes abzieht. Für jeden Angehörigen treten noch 10 % dieser Differenz hinzu. Mehr als ein Vollerwerbloser darf jedoch der Kurzarbeiter nicht erhalten.

Diese Nummer erscheint nochmals in verkürzter Auflage. Wo mehrere Kollegen in einem Betriebe arbeiten, ist es ihre Pflicht, die gelesene Zeitung weiterzugeben.